



# Bürger\*innenbrief

23. September 2025 | Nr. 218

Abgeordnete der Fraktion  
in der Hamburgischen  
Bürgerschaft

**Die Linke**

**Entscheid über Hamburgs Zukunft +++ Von wegen »Red Storm Bravo« +++ Vom Wuchern der Mieten +++ Deutschlandticket +++ Positionspapier zu Opernplänen in Hamburg +++ Nachruf auf Oscar Whyman +++ Zusammen für Gaza +++ Argumente für NOlympia +++ Der »Budapest-Komplex« +++ Kultur Tipp: »Gereiztheiten«**



Der Sommer ist aus, der Herbst kann kommen (gesehen in Chemnitz und im Wendland, Fotos: M. Joho)

## Liebe Leserinnen und Leser,

nachdem die Ferienzeit vorüber ist, füllen sich auch wieder die Straßen und Arbeitsräume. Letzteres gilt natürlich auch für die Linksfraktion, deren alte und vor allem auch neue Abgeordnete und Mitarbeiter\*innen sich ein gutes halbes Jahr nach der Bürgerschaftswahl inzwischen in den parlamentarischen Alltag eingegroovt haben. Daneben spielen in diesen Tagen zwei noch bis zum 12. Oktober laufende und von der LINKEN unterstützte Volksentscheide eine wichtige Rolle. Bei »Hamburg testet Grundeinkommen« geht es um einen ersten staatlichen, wissenschaftlich begleiteten Modellversuch in

Deutschland, bei dem repräsentativ ausgewählte 2.000 Hamburger\*innen drei Jahre lang ein Grundeinkommen beziehen. Der zweite Volksentscheid mit dem Titel »Hamburger Zukunftsentscheid« zielt darauf ab, Hamburg bereits 2040 zur klimaneutralen Stadt zu machen, fünf Jahre früher als vom Senat geplant. Damit die beiden Volksabstimmungen Gültigkeit erlangen, also faktisch zum Gesetz werden, müssen den beiden Entscheiden bis zum 12. Oktober jeweils 20 Prozent aller wahlberechtigten Hamburger\*innen und über 50 Prozent der Abstimmenden ihr Ja-Wort geben.

Auch um einige Abstimmungen, vor allem aber um die gegenwärtige politische Lage wird es am kommenden Wochenende 27./28. September auf dem Landesparteitag der Hamburger LINKEN gehen. Zu diesem ersten Parteitag seit der Bürgerschaftswahl im Februar dieses Jahres kommen die Delegierten zusammen, um den weiteren Kurs festzulegen. Dies ist auch insofern von Bedeutung, als dass DIE LINKE sich innerhalb eines knappen Jahres bundesweit auf rund 120.000 Mitglieder verdoppelt und in Hamburg sogar auf über 5.000 verdreifacht hat. Parteitag, das klingt für manche Leser\*innen möglicherweise etwas abschreckend, aber er ermöglicht einen Einblick in die »Innereien« einer Organisation, ihrer Stimmungslage und Schwerpunkte. Wer sich dazu einen Eindruck verschaffen möchte, kann sich auf der eigens eingerichteten Website unter [www.die-linke-hamburg.de/partei/landesparteitag/9-landesparteitag/](http://www.die-linke-hamburg.de/partei/landesparteitag/9-landesparteitag/) umtun und beispielsweise die laufend ergänzten Anträge an das höchste Organ studieren. Die erste Hauptdebatte wird sich um den vom Landesvorstand vorgelegten Antrag mit der Überschrift »Das Klima retten, nicht den Kapitalismus« drehen. Weitere Themen sind u.a. die Geflüchteten- und Migrationspolitik, Israel und der

Gaza-Krieg, die drohende Wiedereinführung der Wehrpflicht, die »Medienkompetenz als Schlüssel für Demokratie und soziale Gerechtigkeit«, die Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen die AfD, die Verhinderung olympischer (Kommerz-) Spiele.

Darüber hinaus gehts uns so, wie vielen zurzeit. Die Unsicherheit über die Weltlage, die Kriege und das Leiden von Hunderttausenden Menschen vor allem in der Ukraine und im Nahen Osten, aber auch in vielen afrikanischen Regionen und in Südamerika, verstörende Äußerungen u.a. von Boris Pistorius (»Wir müssen bis 2029 kriegstüchtig sein«), Friedrich Merz (Israel mache im Iran die »Drecksarbeit für uns alle«) und sowieso Donald Trump lassen eine\*n an einer friedlichen Entwicklung zunehmend zweifeln, und die Klimaentwicklung, die wieder steigende Arbeitslosigkeit und die ungebremste Mietenexplosion lassen auch keine Freudensprünge aufkommen. Aber was solls, früher war die Zukunft halt auch besser.

Heike Sudmann und Stephan Jersch,  
Janine Burkhardt, Stephan Schultz und Michael Joho



Foto von einem Landesparteitag der Hamburger LINKEN im Bürgerhaus Wilhelmsburg

# Entscheid über Hamburgs Zukunft

Von Stephan Jersch und Janine Burkhardt



Plakate des bis zum 12. Oktober laufenden Hamburger Zukunftsentscheids (Fotos: M. Joho)

Hamburg entscheidet über seine Zukunft – und wir werden mit JA stimmen und fordern Dich dazu auf, es ebenfalls zu tun! Der Hamburger Zukunftsentscheid steht am 12. Oktober unmittelbar bevor. Die Hamburger\*innen haben es in der Hand zu entscheiden, ob der Senat seine Klimapolitik gemäß der gesetzlichen Bestimmungen, die der Entscheid vorsieht, anpassen muss. Erstmals haben die Bürger\*innen die Möglichkeit, direkt über den klimapolitischen Kurs der Stadt mitzubestimmen. Es geht um nicht weniger als die Frage: Will Hamburg endlich ernst machen mit der sozial gerechten Klimawende – oder steht die Stadt weiterhin auf der Bremse.

## Was steckt hinter dem Zukunftsentscheid?

Der Zukunftsentscheid ist eine Initiative aus der Zivilgesellschaft – getragen von einem breiten Bündnis aus Klimaaktivist\*innen, Sozial-, Wirtschafts- und Umweltverbänden, Gewerkschaften, Wissenschaftler\*innen, engagierten Bürger\*innen der Stadt sowie Hamburger Unternehmen. Ziel des Entscheids ist es, Hamburg gesetzlich auf einen verbindlichen Pfad zur Klimaneutralität zu bringen – bis 2040, statt wie bisher bis 2045. Dabei soll für einen fairen Klimaschutz die Sozialverträglichkeit gesichert werden. Die Initiative setzt zudem auf jährliche CO<sub>2</sub>-Budgets, die jeweils in den Jahren 2026 bis 2040 emittiert werden müssen (s. [Zukunftsentscheid](#)). Bisher hat der Senat nur für zwei einzelne Jahre in der Zukunft verpflichtende Reduktionsziele festgelegt – für 2030 und 2045. Für einen erfolgreichen Zukunftsentscheid sind mehr als 50 Prozent JA-Stimmen erforderlich. Zudem gibt es ein Zustimmungsquorum von mindestens 265.000 JA-Stimmen.

## Aber Hamburg ist doch auf einem guten Weg

Deutschland hat sich das Ziel gesetzt, bis spätestens 2045

klimaneutral zu sein. Jedes Bundesland ist dazu angehalten, seinen Beitrag dazu zu leisten. Der World Wildlife Fund for Nature (WWF) hat vor Kurzem in vier Schlüsselbereichen untersucht, wie weit die Bundesländer auf ihrem Weg zu Klimaneutralität sind. Dabei wurde ein Energiewende-Ranking aufgestellt, bei dem Hamburg auf dem letzten Platz gelandet ist. Hierbei wurden insbesondere die Bereiche Ausbau von Erneuerbaren Energien, Verkehr und Mobilität, Flächenverbrauch und Naturschutz sowie Gebäude und Wärme betrachtet. Lediglich im Bereich Verkehr und Mobilität konnte Hamburg punkten (s. [WWF 2025](#)). Das mutet merkwürdig an, lobt sich der Senat doch immer wieder für seine Klimapolitik und wird nicht müde zu betonen, dass Hamburg Vorreiter wäre. Solche Untersuchungen wie die vom WWF zeigen genau das Gegenteil. Da hilft auch der obligatorische Fingerzeig auf den Bund nicht. Hamburg trägt als zweitgrößte Stadt Deutschland, internationaler Hafenstandort und wirtschaftlicher Knotenpunkt eine besondere Verantwortung. Dennoch zeigt sich die Stadt in der Klimapolitik zögerlich und nicht als Vorreiterin. Zwar bekannten sich die Regierungsfractionen aus SPD und GRÜNEN zu den Pariser Klimazielen – das im Dezember 2023 beschlossene Klimaschutz(stärkungs)gesetz sowie die Fortschreibung des Klimaplans haben den 1,5 °C-Pfad jedoch bereits verlassen. Maßnahmen bleiben oft unzureichend oder halbherzig. Die Anpassungsstrategien an die Klimakrise hinken hinterher. Viel eher wird vermehrt Papier produziert, als ins Handeln zu kommen (Entwicklung von Strategien, Konzepten, statt Maßnahmenentwicklung und Operationalisierung). So zeigt auch die Klimaanpassungsstrategie in Hamburg Schwächen auf. Studien zufolge könnte Hamburg zwei Drittel seines Strombedarfs mit Solaranlagen decken (s. [Solarpotenzialstudie für Hamburg 2023](#)).

### **Kalte Klimapolitik**

Die Klimapolitik Hamburgs zeichnet sich vor allem durch Kälte aus – soziale Kälte! Die Klimapolitik ist in Hamburg aber auch auf Bundesebene auf dem Papier existent, aber in der Umsetzung kalt, technokratisch und vor allem sozial entkoppelt. 2024 wurde 6145-mal bei Hamburger Haushalten Strom, Gas oder Wasser abgestellt (s. [Energiesperren 2024](#)). Die Fernwärmepreise der Hamburger Energiewerke steigen um 30 Prozent (s. [NDR-Bericht](#)). Während CO<sub>2</sub>-Bilanzen berechnet und Strategiepläne formuliert werden, fehlt es an der Nähe zu den Menschen, die den Wandel mittragen sollen. Förderanträge sind umständlich bzw. kompliziert, energetische Sanierungen führen zu Mieterhöhungen und die Installation von Balkonkraftwerken hängt immer noch oft vom Wohlwollen der Gebäudeeigentümer\*innen ab. In Hamburg müssen Zehntausende Wohnungen saniert werden, weswegen sich viele Menschen vor den steigenden Mieten fürchten. Wir fordern: Die von den Mieter\*innen getragenen Sanierungskosten dürfen die Einsparungen bei den Heizkosten nicht übersteigen. Auch für Stadtteile, wo viele Menschen mit geringen Einkommen leben und die eine hohe klimatische Belastung aufweisen (s. [Stadtklimaanalyse](#) und [Einkünfte in den Hamburger Stadtteilen](#)), müssen Maßnahmen umgesetzt werden, um die Belastungen entsprechend zu reduzieren.

Diese soziale Kälte gefährdet nicht nur die Akzeptanz für Maßnahmen für den Klimaschutz, sie untergräbt sie aktiv. Wenn Klimaschutz ein Wohlühlprojekt für Besserverdienende wird, droht ein Rückschlag auf allen Ebenen. Eine klimaneutrale Stadt nützt uns allen nichts, wenn sich ein Großteil ihrer Bewohner\*innen das Leben in dieser Stadt nicht mehr leisten kann.

### **Warum wir mit JA stimmen**

Extreme Hitze, Trockenheit, Starkregen und Überschwemmungen: Das Klima hat sich in Hamburg bereits verändert. Zukünftig wird mit mehr Extremwetterereignissen zu rechnen sein, mit allen seinen Folgen in sämtlichen Lebensbereichen (z.B. Gesundheit, Natur und Wirtschaft).

Ein »JA« zum Zukunftsentscheid ist ein JA zur Verantwortung, zur Gerechtigkeit und vor allem ein JA zur Zukunft dieser Stadt. Jedes weitere Jahr des Nicht-Handelns oder des Zögerns erhöht die Kosten – ökologisch, sozial und wirtschaftlich.

Der Volksentscheid zwingt Politik und Verwaltung dazu, endlich aus dem Quark zu kommen. Für uns als Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft steht die soziale Gerechtigkeit im Zentrum. Für eine Hafenstadt wie Hamburg ist Klimaschutz und Klimaanpassung eine Überlebensfrage, die nicht auf Kosten der Ärmsten gehen darf. Mit dem Entscheid lässt sich eine effektive Klimaschutzpolitik mit bezahlbarem Wohnraum, einem kostengünstigen ÖPNV und dem Schutz vulnerabler Gruppen verknüpfen. Ein besserer Klimaschutz mindert zukünftige Schäden und damit auch Kosten.

Leider stellen wir fest, dass wir mit dieser Haltung in der Hamburgischen Bürgerschaft allein sind. Zwar verkennen SPD und GRÜNE nicht, dass eine frühere Klimaneutralität

anstrebenswert ist, allerdings seien dazu grundlegende Entscheidungen, insbesondere auf Bundesebene nötig. Sie empfehlen daher, »anders als die Vorlage der Volksinitiative, den aktuellen im Koalitionsvertrag beschriebenen Weg eines sozialverträglichen und ambitionierten Klimaschutzes von Senat und Bürgerschaft gemeinsam konsequent und unverändert weiterzugehen.« Doch wie ambitioniert kann die Klimapolitik des Senats sein, angesichts der verheerenden Platzierung im Ranking des WWF im Bereich der Bemühungen um Klimaneutralität? Wie laut müssen die Stimmen noch werden, damit Rot-Grün realisiert, dass der Klimaschutz in Hamburg derzeit weder ambitioniert noch verlässlich ist und schon gar nicht sozial gerecht? Insbesondere die soziale Gerechtigkeit bleibt auf der Strecke. Ein paar Förderprogramme hier und ein bisschen Beratung da stellen keine soziale Gerechtigkeit her, wenn Mieten weiter steigen und vulnerable Gruppen kaum Möglichkeiten haben, sich vor Extremwetterereignissen im Zuge des Klimawandels zu schützen.

### **Warum ein System Change erforderlich ist**

Der Zukunftsentscheid kann nur ein erster Schritt sein. Die Ressourcen unseres Planeten sind endlich. Unser Wirtschaftssystem – das den Planeten plündert –, den Kapitalismus zu hinterfragen gehört auf die Tagesordnung. Die »planetaren Grenzen« in Bezug auf das Klima oder die Biodiversität wurden bereits überschritten und der Kapitalismus mit seiner Profitlogik ist ursächlich für diesen Zustand. Unser kapitalistisches System beruht maßgeblich auf der Ausbeutung von Ressourcen anderer Weltregionen – insbesondere des Globalen Südens. Ohne diese systematische Aneignung von Arbeitskraft, Rohstoffen und Natur wäre der wirtschaftliche Aufstieg Europas in dieser Form nicht möglich gewesen. Auch heute noch bleibt das kapitalistische Wohlstandsversprechen eng mit (neokolonialen) Ausbeutungsverhältnissen verknüpft (s. [Ulrich Brand & Markus Wissen 2023](#)). Der Lebensstil der wohlhabenden Industrieländer gründet auf der systematischen Externalisierung von Kosten – seien es ökologische, soziale oder ökonomische. Hinzu kommt die eklatante Ungleichverteilung der Verantwortung für die CO<sub>2</sub>-Emissionen: die reichsten zehn Prozent sind für fast die Hälfte der globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich. Dennoch werden diese Ungleichgewichte in der politischen Debatte und in klimapolitischen Maßnahmen oft kaum berücksichtigt. Die strukturellen Ursachen – also vor allem die gesellschaftlichen Prinzipien, die diese Ungleichheiten fortschreiben und absichern – bleiben unangetastet.

Der Zukunftsentscheid kann nur der Anfang sein – mittel- bis langfristig muss die Hegemonie des Kapitalismus überwunden werden. Dem zugrunde liegt die Frage: Was produzieren wir für welchen Zweck, unter welchen Bedingungen? Nur wenn das Wirtschaftssystem demokratischen Entscheidungen unterworfen wird und für die Bedürfnisse der Menschen und nicht für Profite produziert wird, kann es zu einem nachhaltigen Umgang mit den Ressourcen und mit dem Klimawandel kommen.

# Von wegen »Red Storm Bravo«

## Demo gegen die Kriegsübungen in Hamburg

In den kommenden Tagen finden in unserer Stadt verschiedene Aktionen gegen die NATO-Übung »Red Storm Bravo« statt. DIE LINKE ruft auf, sich am Protest des Bündnisses »Gemeinsam gegen Red Storm Bravo« am Freitag, den 26. September, um 18.00 Uhr ab Rathausmarkt zu beteiligen. Die Demonstration wird von dort über den St. Annenplatz zu den Landungsbrücken ziehen.

Das aufwendige NATO-Manöver wird in Hamburg in der Zeit vom 25. bis 29. September mit rund 500 Soldat\*innen und unter Beteiligung diverser öffentlicher Stellen, aber auch ziviler Akteur\*innen durchgeführt. Es gehe dabei, meldete die MOPO schon Ende Juni, »um Szenarien, bei denen Deutschland als NATO-Mitglied zur logistischen Drehscheibe wird – mit Hamburg als Knotenpunkt für Truppenverlegung und Materialtransport«.

Wir dokumentieren nachfolgend wesentliche Teile des Demoaufrufs für den 26. September.



Demoplakat der Hamburger LINKEN

Fünf Tage lang soll in unserer Stadt der Krieg geprobt werden. Dabei sollen nicht nur Militärkolonnen vor unseren Haustüren vorbeifahren und Hubschrauber über unsere Dächer fliegen. Es soll auch mit einer simulierten Demonstration geprobt werden, wie erwartbarer Widerstand gebrochen werden kann. Die Durchführung dieses Manövers ist ein weiterer Schritt in Richtung Militarisierung unserer Stadt – wir alle sollen an Krieg gewöhnt werden. Die Ängste der Menschen werden missbraucht, um Aufrüstung als Notwendigkeit darzustellen.

Solche Manöver und die Lieferung von Waffen in Kriegsgebiete über den Hamburger Hafen zeigen: Deutschland setzt

als Teil der NATO auf Konfrontation und erhöht damit die Kriegsgefahr in einer Welt, in der sich imperialistische Großmächte zunehmend um Märkte, Ressourcen und Handelsrouten auf Kosten der Menschen bekriegen. So auch bei uns in Deutschland, wo die horrenden Militärausgaben zu steigenden Lebenshaltungskosten und sozialen Kürzungen in allen Lebensbereichen führen.

Doch wir möchten kein Teil des Krieges sein: Denn die Grenze verläuft nicht zwischen Völkern oder Ländern, sondern zwischen oben und unten. Wir wollen nicht auf andere Menschen schießen, Befehlen gehorchen und als Kanonenfutter an einer Front verheizt werden. Deshalb stellen wir uns schon heute dagegen, dass in Hamburg Krieg geprobt wird!

### DESHALB FORDERN WIR:

- Keine NATO-Manöver wie »Red Storm Bravo« in Hamburg: Militär raus aus der Stadt!
- Abrüstung statt Sozialabbau – wir fordern Investitionen in Bildung, Gesundheit und Soziales, statt für Kriegsvorbereitung!
- Entmilitarisierung des Hafens: Hamburg darf keine Drehscheibe für den Tod sein!
- Kein Werben fürs Sterben – Keine Bundeswehr in Schulen und im öffentlichen Raum!
- Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht: Gegen die Wehrpflicht und Zwangsdienste!

Thomas Iwan, der Co-Landessprecher der Hamburger LINKEN ordnet das NATO-Spektakel so ein: »Das Manöver Red Storm Bravo zeigt, welches Ausmaß die Militarisierung der Gesellschaft bereits angenommen hat: Von Krankenhäusern und der HPA bis zur Arbeitsagentur – alle sollen jetzt den Kriegsfall proben. Das ist doch Wahnsinn! Hamburg schließt Krankenhäuser, kommt mit der Sanierung seiner Infrastruktur nicht hinterher, bekommt Tausende Stellen nicht besetzt, aber für Call of Duty sind plötzlich wieder Zeit und Geld da. Wir schließen uns den Forderungen des Bündnisses »Gemeinsam gegen Red Storm Bravo« an, das sich für Abrüstung statt Sozialabbau, die Entmilitarisierung des Hafens, ein Werbeverbot der Bundeswehr an Schulen sowie das Recht auf Kriegsdienstverweigerung stark macht. Wir werden am 26. September auf dem Rathausmarkt Gesicht zeigen für Frieden und

Abrüstung!« ([Hier zum Nachlesen](#))

Zu dieser Einschätzung passt gut, was die investigative Journalist\*innengruppe »correctiv« am 18. August meldete: »Die Bundeswehr dringt bei deutschen Städten und Gemeinden darauf, sich auf einen drohenden Krieg auf deutschem Boden vorzubereiten. Wie CORRECTIV aus mehreren Landkreisen und Städten übereinstimmend erfuhr, haben viele von ihnen in den vergangenen Wochen Besuch von hochrangigen Offizieren der Bundeswehr erhalten. Mit den als vertraulich eingestuften Treffen bezweckt die Truppe demnach, die Städte auf einen Ausbau ihrer Kriegstüchtigkeit zu trimmen«.



Soldat, ein Job wie jeder andere?  
Gesehen in Eutin (Foto: M. Joho)

## Arbeitszwang & Kriegswirtschaft:

### Was das Manöver »Red Storm Bravo« für Hamburgs Beschäftigte bedeutet

Veranstaltung der Linksfraktion, Eintritt frei

**Donnerstag, 25. September, 19.00 Uhr, Rathaus**

Die Auswirkungen der Militarisierung der Gesellschaft betreffen auch den Arbeitssektor. Die militärische Logik greift tief in gewerkschaftliche Rechte und Freiheitsrechte der Beschäftigten ein. Beispiele hierfür sind Pläne zur militärischen Akquirierung von Gesundheitseinrichtungen sowie das Arbeitssicherstellungsgesetz, das Beschäftigte im Konfliktfall zur Zwangsarbeit verpflichtet. Darüber wollen wir auf unserer Diskussionsveranstaltung sprechen.



Transparent neben dem Kriegsklotz am Dammtor (Foto: René Senenko)

# Was wuchert denn da so ungebremst? Die Mieten!

Von **Luzian Massarrat\***

Im November 2024 eilte ich eines Abends aufgeregt zu meinen Mitbewohner\*innen in unsere WG-Küche. Ich wollte ihnen die neue Mietwucher App zeigen, die die Bundestagsgruppe der LINKEN gerade vorgestellt hatte. Damit konnten wir unkompliziert prüfen, ob wir für unsere teuren WG-Zimmer vielleicht eine illegale Wuchermiete zahlten. Bei bis zu 17 Euro nettokalt pro Quadratmeter lag der Verdacht nahe und wir haben unsere Mieten direkt in der App an das Bezirksamt gemeldet.

Anders als bei einem Bruch der Mietpreisbremse müssen bei Mietwucher nämlich nicht die Mieter\*innen selbst gegen ihre Vermieter\*innen vorgehen. Vielmehr sind die Bezirksämter dafür verantwortlich, Mietwucher zu verfolgen und rechtswidrig erhobene Mieten zurückzuholen. Wir waren also Feuer und Flamme, endlich aktiv zu werden. Und nicht nur uns hat die App der Linksfraktion motiviert: Während von 2022 bis zur Einführung der App in ganz Hamburg lediglich acht Verdachtsfälle gemeldet wurden (Drs. 22/17335), sendete die App 284 Fälle allein im November und Dezember 2024 an die Bezirksämter (Drs. 23/256).

So viel Aktivität der Mieter\*innen brachte dann auch die rot-grüne Koalition in Bewegung. Nachdem sie im Oktober 2024 einen Antrag der LINKEN zur Bekämpfung von Mietwucher noch ablehnte, beschloss sie kurz vor den Bürgerschaftswahlen einen entsprechenden eigenen Antrag und veröffentlichte den Mietenmelder, über den Mieter\*innen ihren Mietwucherverdacht melden können.

Also alles gut? Mietwucher wird jetzt endlich bekämpft? Leider nicht.

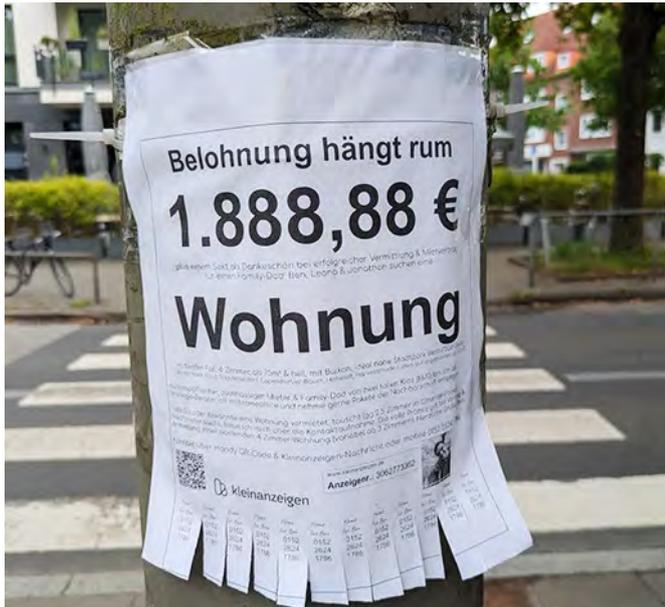


Zwar wurden bis Juli sage und schreibe 1.143 Verdachtsfälle gemeldet (über 853 davon mit der Mietwucher-App, denn den Mietenmelder auch zu bewerben, hat der Senat nach seiner Einführung leider versäumt), aber die Bezirksämter haben noch in keinem einzigen Fall ein Verfahren eingeleitet. Überhaupt liegen erst in zwei Fällen alle erforderlichen Dokumente vor. Dabei behauptet der Senat, durch den



Mietenmelder müssten nur noch in Einzelfällen Unterlagen nachgefordert werden, weshalb keine weiteren Schritte erforderlich seien (Drs. 23/905). Ich bin gespannt, wann die Ämter sich durch diese 1.143 Einzelfälle arbeiten.

Auch bei uns in der WG fehlt eine wichtige Info: Das Baujahr des Gebäudes. Es steht nicht im Mietvertrag. Damit wir es angeben können, brauchen wir die Auskunft unseres Vermieters. Unser Vermieter muss uns also helfen, damit das Bezirksamt gegen ihn vorgehen kann. Auf dieses Problem hat die Behörde bisher keine Antwort (Drs. 23/764) – kleiner Tipp an die Behörde: Die Baujahre stehen in den Grundbüchern der Stadt. Im NDR verteidigt die Behörde ihre enttäuschende Bilanz: Der Nachweis von Mietwucher sei wegen der Nachweispflichten der Mieter\*innen zu schwer. Dabei hat sie wohl vergessen, dass sie selbst schon im April ein Gutachten veröffentlichte, dass eine dramatische Mangellage von Wohnraum in ganz Hamburg belegt. Damit sollen Mieter\*innen vom Nachweis eines geringen Angebots befreit sein. Seit Vorliegen des Gutachtens haben die Behörden aber noch gar nicht versucht, in einem Verfahren einen Nachweis zu erbringen. Es wäre langsam wirklich überfällig, es mal auszuprobieren.



Üppige Belohnung für eine Wohnungsvermittlung (Foto: Luzian Massarrat)

1.143 Mieter\*innen haben ihren Teil getan und setzen sich gegen die Wuchermieten ein. Jetzt ist der Senat an der Reihe, denn die Bekämpfung der Wuchermieten liegt im öffentlichen Interesse: Diese Mieten sorgen für eine zusätzliche Anspannung des Wohnungsmarkts, einen weiteren Anstieg des Mietenspiegels und sie bringen Mieter\*innen, die unbedingt auf Wohnraum angewiesen sind (wie meine Mitbewohner\*innen), in arge Bedrängnis. Bisher fehlt es an Engagement und dem Willen, sich tatsächlich mit den kriminellen Energien der Vermietenden anzulegen. Nötig wären ausreichendes Personal und entschlossenes Handeln in den Bezirksämtern, breite Aufklärung der Mieter\*innen, konsequente Ahndung und entsprechende Strafen.

Laut Berechnung der LINKEN ließen sich so bei den über die App gemeldeten Hamburger Mietwucherverdachten bis zu 222.058 Euro Miete pro Monat zurückholen! Meine WG freut sich schon darauf.

*\*Luzian Massarrat ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Heike Sudmann für Wohnungs- und Mietenpolitik.*

## Deutschlandticket verteuert sich erneut: Schlechte Nachricht für Fahrgäste und Klima

Von Heike Sudmann

Das Deutschlandticket soll nach einem Beschluss der Verkehrsminister\*innenkonferenz zum Jahreswechsel auf 63 Euro verteuert werden. 2025 wurde der Preis bereits um 9 Euro angehoben. Diese erneute Preiserhöhung steht im Widerspruch zum Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung. Dort heißt es auf Seite 27: »Das Deutschlandticket wird über 2025 hinaus fortgesetzt. Dabei wird der Anteil der Nutzerfinanzierung ab 2029 schrittweise und sozialverträglich erhöht. Hamburgs Verkehrssenator Tjarks verteidigt die Preiserhöhung und zeigt sich zufrieden.

Diese Entwicklung ist alles anderes als zufriedenstellend. Bund und Länder ziehen sich aus der Verantwortung für die Klima- und Verkehrswende zurück. Wir alle wissen: Der Autoverkehr trägt maßgeblich zu den schädlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen bei. Diverse Studien belegen die milliardenhohen Folgekosten des Autoverkehrs, die dann die Allgemeinheit trägt. Gerade in Großstädten muss alles getan werden, um den Umstieg vom Auto auf Bus, Bahn und Rad zu fördern. Dazu gehört auch ein günstiges Monatsticket. Und deshalb ist es kurzsichtig, das umweltfreundliche Deutschlandticket immer teurer zu machen. Hinterrüber fallen

**Deutschland-Ticket**

Von 59€ bis zum Bayerischen Wahl - grenzenlose Freiheit im Nahverkehr. Mit dem Deutschland-Ticket nutzen Sie ganz flexibel alle Verkehrsmittel des öffentlichen Nahverkehrs - egal ob Bus, Straßenbahn oder Regionalbahn, egal ob in Nordrhein-Westfalen oder in Brandenburg.

**Ihre Vorteile:**

- Deutschlandweit und unbegrenzt in allen Verkehrsmitteln des öffentlichen Nahverkehrs gültig.
- Abonnement wird automatisch verlängert.
- Monatlich kündbar bis zum 10. jedes Monats - direkt im Handyticket oder Abogportal.
- Gilt für Kalendermonate und ist bei sechsmonatiger Kündigung auch für einen Monat nutzbar.

~~58 Euro~~ **63 Euro**

Jetzt buchen

bei diesem Beschluss auch mal wieder die Senior\*innen, die seit Jahren auf ein 29-Euro-Ticket warten. Für uns LINKE steht fest: Der ÖPNV ist ein Teil der Daseinsvorsorge und muss mittelfristig für alle Nutzer\*innen kostenfrei werden.

# Positionspapier zu Opernplänen in Hamburg

Derzeit kursiert in Hamburg ein längeres Statement, in dem kritisch Stellung bezogen wird zu dem offenbar weit gediehenen Plan des Senats, sich ein neues Opernhaus ausgerechnet durch den Milliardär Klaus-Michael Kühne finanzieren zu lassen. Der eine Skandal rankt sich um die exorbitanten Profite der Firma »Kühne + Nagel« in der NS-Zeit (dazu ein [taz-Artikel vom 2.9.2025](#)), der andere um die Frage, inwieweit Steuerflüchtlinge und Superreiche vorgeben, was in der hamburgischen Stadtentwicklungs- und Kulturpolitik geschaffen wird und was nicht.

Wir dokumentieren dieses Positionspapier hier, auch weil es einmal mehr veranschaulicht, in welche falsche Richtung Hamburgs Stadtentwicklung geht. Gerichtet ist das Statement an Bürgermeister Peter Tschentscher, Kultursenator Carsten Brosda, Finanzsenator Andreas Dressel, Stadtentwicklungssenatorin Karen Pein sowie die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN in der Hamburgischen Bürgerschaft. Gut 7.000 haben diese über Campact laufende Initiative bereits mit ihrer Unterschrift unterstützt, [hier](#) können weitere Interessierte unterzeichnen.



Staatsoper an der Dammtorstraße und Baakenhöft in der HafenCity (von der [Website](#)).

## Wir brauchen nicht noch ein Wahrzeichen, sondern eine demokratische, geschichtsbewusste und nachhaltige Stadtentwicklung!

Im Februar dieses Jahres stellten Senat, Kühne-Stiftung und Kühne Holding AG bei einer Pressekonferenz ihren Plan für ein neues Opernhaus auf dem Baakenhöft in der HafenCity vor. Seitdem ist viel Kritik an diesem Vorhaben und dem undemokratischen Verfahren formuliert worden. Dennoch steht zu erwarten, dass die Pläne schon bald unverändert der Bürgerschaft zur Abstimmung vorgelegt werden. In diesem Positionspapier haben wir die Kritikpunkte gebündelt. Wir laden alle ein, es zu unterschreiben und damit Einfluss auf das weitere Vorgehen des Senats und der Bürgerschaft zu nehmen!

### Warum ist das wichtig?

#### Für eine transparente Öffentlichkeitsbeteiligung!

Ob Hamburg Bedarf an einer neuen Oper hat und wie das letzte freie, für eine öffentliche Nutzung vorgesehene Grundstück in der HafenCity genutzt und gestaltet wird, sollten nicht der Milliardär Klaus-Michael Kühne und die Regieren-

den entscheiden, die er für seine Idee gewinnen konnte, sondern die Hamburger\*innen im Rahmen eines grundlegenden Beteiligungsverfahrens. Das bisherige, völlig intransparente Verfahren schadet dem Vertrauen in Politik und Demokratie.

#### Erinnerung und Aufarbeitung sind keine Worthülsen!

Klaus-Michael Kühnes Logistik-Unternehmen »Kühne + Nagel« hat im Nationalsozialismus massiv von »Arisierungen« und vom Raub jüdischen Eigentums profitiert – das Raubgut wurde unter anderem am Baakenhafen zwischengelagert. Der jüdische Teilhaber Adolf Maass wurde 1933 geschasst und später in Auschwitz ermordet. Kühne verhindert die unabhängige Aufarbeitung dieser Unrechtsgeschichte und hält unliebsame Forschungsergebnisse unter Verschluss. Mit der Oper würde Kühne sich in Hamburg ein riesiges Denkmal setzen, während nichts an die aktive Beteiligung von Unternehmen, Stadt und Bevölkerung an Enteignungen und »Arisierungen« erinnert.

**Für die Bewahrung von Erinnerungsorten!**

Der Baakenhafen war Drehscheibe für den Transport von Soldaten und Waffen für die deutschen Kolonien und ab 1904 für den Völkermord an den Herero und Nama in der Kolonie »Deutsch-Südwestafrika« (heute Namibia). Das macht den Baakenhöft zum erinnerungskulturell wichtigsten unbebauten Grundstück dieser Stadt. Diesen bedeutenden Erinnerungsort mit einem Operngebäude zu bebauen, während die Stadt Hamburg nach wie vor keinen Gedenkort für die Geschichte des kolonialen Völkermords hat, käme einer Überschreibung der Erinnerung an die Kolonialverbrechen gleich und steht im Widerspruch zu dem Beschluss der Hamburgischen Bürgerschaft aus dem Jahr 2014, das koloniale Erbe Hamburgs stadtweit aufzuarbeiten.

**Für eine Oper in der Innenstadt!**

Das denkmalgeschützte Gebäude der Staatsoper an der Dammtorstraße ist im Vergleich zum geplanten Opernneubau in der Hafencity sehr gut an den Nah- und Fernverkehr angebunden. Außerdem spielt die Oper eine wichtige Rolle für die Innenstadt und belebt sie in Zeiten, wenn die Geschäfte längst geschlossen sind. Ein Gutachten aus dem Jahr 2020 hat ergeben, dass die Staatsoper für rund 150 Mio. Euro an heutige Anforderungen des Opernbetriebs angepasst und saniert werden kann.

**Für klimafreundliches Bauen im Bestand!**

Ein Neubau auf dem Baakenhöft würde viele CO<sub>2</sub>-Emissionen verursachen. In Zeiten des Klimawandels sollten wir uns gut überlegen, für welche Zwecke wir wirklich neu bauen sollen und was wir besser im Bestand lösen können. Eine Sanierung und Anpassung der Staatsoper an der Dammtorstraße ist umwelt- und klimafreundlicher als ein Neubau und lässt Platz auf dem Baakenhöft für andere Nutzungen.

**Die neue Oper ist kein selbstloses Geschenk!**

Kühne erhielt mit der Oper ein Denkmal, für die Stadt entständen dabei hohe Kosten. In dem Vertrag mit Kühne-Stiftung und Kühne Holding AG hat der Senat die Stadt dazu verpflichtet, das wertvolle Grundstück für das Bauvorhaben zur Verfügung zu stellen und die Kosten von bis zu 147,5 Mio. Euro für Gründung und Hochwasserschutz des Neubaus zu übernehmen. Hinzu kommen Kosten für die Räumung des Grundstücks, die Planung und Herstellung der öffentlichen Freiräume rings um die Oper, den Betrieb und die Instandhaltung eines zusätzlichen Hauses. Die denkmalgeschützte Staatsoper an der Dammtorstraße müsste trotz Neubaus weiter von der Stadt instandgehalten werden.

**Nicht noch so ein »Leuchtturm«-Projekt!**

Die Hafencity zieht schon heute Massen von Besucher\*innen an, was Bewohner\*innen zunehmend belastet. Unweit der geplanten Oper wurde mit der Elbphilharmonie erst 2017 nach jahrelangen Verzögerungen und Kostenexplosionen eine Sehenswürdigkeit fertiggestellt. In Sichtweite des Baakenhöfts steht die Bauruine des Elbtowers, an dem der Senat sich nicht

finanziell beteiligen wollte. Nun prüft er die Anmietung oder den Ankauf von hochpreisigen Flächen für ein Naturkundemuseum, damit das Hochhaus an den Elbbrücken zu Ende gebaut werden kann.

**Für eine lebendige Kultur und eine breite Kulturförderung!**

Die geplante Oper soll Hamburg zum Anziehungsort für die »Weltspitze« der Kultur machen. Aber Kultur ist nicht Leistungssport. Eine reiche Kulturlandschaft zeichnet sich nicht durch Superlative und Starkult aus, sondern durch Breite und Vielstimmigkeit.



Straßenfassade zum Dammtor (Foto: Fotografie Dorf Müller Klier für Denkmalverein Hamburg)

**Erstunterzeichner\*innen:**

**Organisationen:** anna elbe, Arbeitskreis Hamburg Postkolonial, Arca - Afrikanisches Bildungszentrum e.V., AStA Hafencity Universität Hamburg, Berlin Postkolonial, Bielefeld Postkolonial, Bismarck's Critical Neighbors, DIE LINKE Hamburg, Fachschaftsrat (FSR) Stadtplanung der Hafencity Universität Hamburg, FSR Urban Design der Hafencity Universität Hamburg, fux eG, Gängeviertel e.V., Global Ovaherero Genocide Foundation/Namibia, Global OGF & Ovaherero Executive Commissioner, Genocide and Reparative Justice Pursuits, Namibia Ovaherero Genocide Foundation/Namibia, Hafengruppe Hamburg, Holstenareal-Initiative »knallt am dollsten«, Initiative Decolonize Bismarck, Initiative Dessauer Ufer, Initiative Sternbrücke, Internationaler Jugendverein Hamburg e.V., Intervention Bismarck-Denkmal Hamburg, ISD Initiative Schwarze Menschen in Deutschland Bund e.V., Kollektiv LU'UM, Netzwerk Hafencity e.V., Netzwerk Recht auf Stadt Hamburg, No Amnesty on Genocide!/Völkermord verjährt nicht!, NTLA Nama Traditional Leaders Association/Namibia, Onlinemagazin Untiefen, Ossara e.V., Rostock Postkolonial, St. Pauli Archiv e.V., Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschist:innen, Willkommens-KulturHaus der Gemeinde Ottensen.

**Personen:** Andrea Goller, Axel Bühler, Beatrix Bursig, Benjamin Hoesch, Christian Kopp, Dr. Joachim Zeller, Dr. Yann LeGall, Eckart Maudrich, Elisabeth Hartmann, Emma Dittler, Frauke Steinhäuser, Hannimari Jokinen, Henning Bleyl, Israel Kaunatjike, Jan Kawlath, Jochen Rothert, Katharina Kohl, Marco Hosemann, Michaela Plogsties, Michael Joho, Nandiuasora Mazeingo, Nora Sdun, Prof. Dr. Ulrike Bergemann, Regine Christiansen, Sima Luipert, Sonja Schwitters, Teresa Matthies, Theo Bruns.

## Tipps und Termine

Am Anfang diesmal keine Alarmmeldung aus ökologischen Zusammenhängen, aber eine, die nicht minder aufhorchen lässt. Auf seiner Bilanz-Presskonferenz am 12. März berichtete Deutschlands größter **Rüstungskonzern Rheinmetall** hinsichtlich seiner **Umsätze und Gewinne im Jahre 2024 von »neuen Allzeitrekorden«**. O-Ton des Rüstungsgiganten: »Das **operative Konzernergebnis kletterte deutlich um 61 % auf einen neuen Spitzenwert** von 1.478 Millionen Euro und erhöhte sich somit überproportional gegenüber dem erzielten Umsatzwachstum. Damit wurde der Vorjahreswert in Höhe von 918 Millionen Euro, der bereits als höchster Ergebniswert in der jüngeren Unternehmensgeschichte ausgewiesen worden war, nochmals erheblich übertroffen«. Rheinmetall hat soeben die Marinesparte der Bremer Lürssen-Gruppe gekauft, zu der unter anderem Blohm+Voss, die Hamburger Norderwerft, die Peene-Werft in Wolgast sowie die Neue Jadewerft in Wilhelmshaven gehören (NDR vom 15.9.).

Wer sich einen Eindruck davon verschaffen will, wer eigentlich den Profit beim neu entfachten Rüstungswettlauf in Deutschland einstreicht, sollte sich den Beitrag **Bayern. Reich durch Waffen?** anschauen.



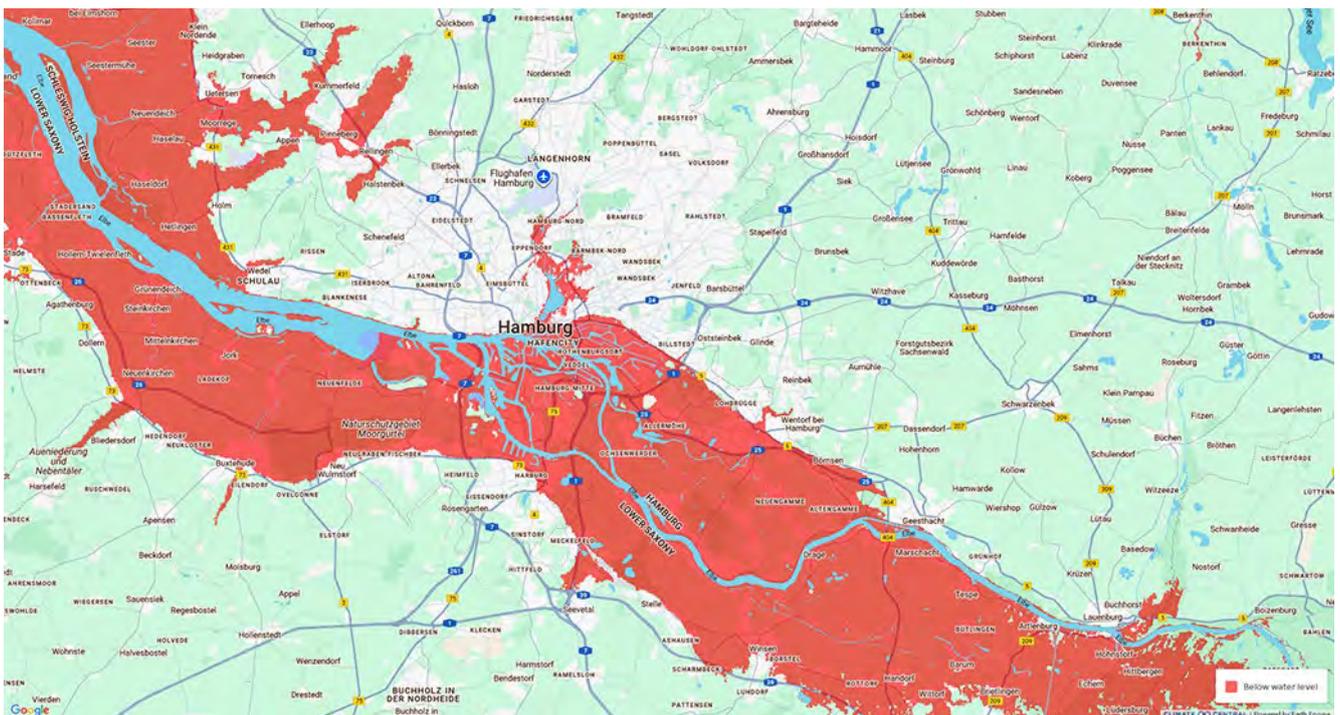
Lohnender, achtminütiger Beitrag auf BR24

Zu Recht warf »Hinz&Kuntz« in seinen »Randnotizen« vom 8. August diese Frage auf: »2030 steht vor der Tür – wo steht Hamburg?« Hintergrund ist die sattsam bekannte Ankündigung auf Bundesebene und auch seitens des Senats, die **Obdach- und Wohnungslosigkeit bis zum Jahre 2030 überwunden** zu haben. Doch wie sieht die Realität aus? Nehmen wir die Zahlen des Magazins Hinz&Kuntz vom August. Danach müssen derzeit 32.410 Menschen in einer Unterkunft leben, weil sie keine Wohnung finden – wobei die sogenannten verdeckt Wohnungslosen (laut Hochrechnung weitere 1.685 Personen) darin noch gar nicht erfasst sind. Und dann sind da noch die

auf Hamburgs Straßen lebenden 3.787 Menschen (so dieselbe Hochrechnung des Statistischen Bundesamtes). Zusammen macht das fast **38.000 Menschen, für die vernünftiger Wohnraum überfällig ist** ... oder eben geschaffen werden muss, spätestens bis 2030, denn bis dahin haben sich im Vertrag von Lissabon die EU-Mitgliedsstaaten 2021 verpflichtet, Obdach- und Wohnungslosigkeit zu beenden. Hat irgendjemand den Eindruck, dass sich die Situation in Hamburg seit 2021 verbessert hat oder gar Sieben-Meilen-Schritte gegangen wurden, um dieses Ziel zu erreichen? Auch nur ansatzweise?

Leider muss auch dies noch angefügt werden. Die Zahl der **Zwangsräumungen in Hamburg ist 2024 kräftig angestiegen**. Wie eine parlamentarische Anfrage der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft zeigt, wurden im vergangenen Jahr **1.201 Haushalte zwangsgeräumt, davon 247 beim städtischen Wohnungsunternehmen SAGA**. Zum Vergleich: 2023 hatten 1.002 Haushalte zwangsweise ihre Wohnung verloren, davon 214 bei der SAGA. Immerhin, nach drei Jahren der steten Zunahme an Zwangsräumungen scheint sich die Tendenz zumindest nicht fortzusetzen. »Hinz&Kuntz« meldet für die erste Jahreshälfte 2025 »nur« 457 zwangsgeräumte Haushalte in Hamburg, davon fast ein Drittel bei städtischen Wohnungsunternehmen. Angesichts des Umstandes, dass viele der zwangsgeräumten Haushalte in die Obdachlosigkeit entlassen werden, stellt sich die Frage, ob eigentlich mehr Menschen ins Elend gestoßen werden oder ob erheblich mehr Wohnraum geschaffen wird, dieses Elend wenigstens zu reduzieren.

Die »correctiv«-Journalist\*innen widmen sich immer mal wieder dem Komplex Abriss und Neubau. Ihr Fazit: **Abrissbirne macht Wohnen teurer**. In Deutschland, so meldete das Statistische Bundesamt, seien **in 2022 ca. 12.600 Gebäude im abgerissen worden, wodurch 16.500 Wohnungen verloren** gingen. Die Auswirkungen des Abrisses werden wie folgt zusammengefasst: »Mehr als ein Drittel aller Abfälle in der EU stammen aus dem Baugewerbe und dem Abriss von Gebäuden. Gleichzeitig verschlingt der Gebäudesektor die Hälfte aller Rohstoffe. Der Abriss und Neubau von Gebäuden, insbesondere die Herstellung von Beton und Stahl, ist sehr energieintensiv und treibt die Klimakrise voran. Neubauten führen in vielen Fällen zu deutlich höheren Mietpreisen. Diese Entwicklung beschleunigt Gentrifizierungsprozesse und steht einer nachhaltigen Stadtentwicklung im Weg. Mit jedem abgerissenen Gebäude geht ein Stück Geschichte verloren. Selbst denkmalgeschützte Gebäude werden mitunter abgerissen. Abriss ist nicht alternativlos. Stu-



In rot alles, was bei einer Wasserspiegelerhöhung um sechs Meter in Hamburg und umzu unter Wasser stände (Quelle unter [folgendem Link](#))

den zeigen, dass die energetische Sanierung bestehender Gebäude in den meisten Fällen nachhaltiger und ressourcenschonender ist als ein Neubau.»

Aber nun doch noch der obligatorische Tipp zur sich anbahnenden Klimakatastrophe. Prof. Hans Joachim Schellnhuber, ehemaliger Direktor des Potsdamer Instituts für Klimaforschung, konstatierte im Februar 2025 in seiner »Kurzen wissenschaftlichen Stellungnahme zur sich verschärfenden Klimakrise«, dass »die verschiedenen Erdbeobachtungssysteme« übereinstimmend zu dem Schluss gekommen seien, »dass die **Temperatur der planetaren Oberfläche inzwischen bei etwa 1,5 Grad über dem vorindustriellen Niveau liegt**«. Also schon heute, nicht erst 2100! Gibt mensch bei Google **Meeresspiegelhöhung pro Grad Temperaturerhöhung** antwortet neuerdings die zwischengeschaltete, anonyme KI dies: »Bei einer Erwärmung um 1,5 °C werden für die nächsten Jahrhunderte 2-3 Meter Meeresspiegelanstieg erwartet, bei 2 °C sind es 2 bis 6 Meter, und bei 5 °C könnten es bis zu 19 bis 22 Meter sein. Die Unsicherheiten steigen, da das Abschmelzen des antarktischen Eisschildes schwer abzuschätzen ist.« Und um nachvollziehen oder besser: vorbereitend zur Kenntnis zu nehmen, was bei einer Erhöhung des Meeresspiegels um 1, 10 oder gar 22 Meter mit der Welt oder auch nur – sagen wir – Hamburg passiert, das lässt sich über wissenschaftliche Websites im Netz simulieren. (S. Grafik oben)

»Die Förderung nach dem **Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) ist eine Form der staatlichen Studienfinanzierung**, zu der es kaum eine günstigere Alternative gibt. Sie wurde eingeführt, um allen Studierenden ein Studium zu ermöglichen, unabhängig von ihrer sozialen und wirtschaftlichen Situation.« So liest sich das auf der [Homepage](#) des zuständigen Studierendenwerks Hamburg, auf der lauter glückliche Student\*innen abgelehnt sind.

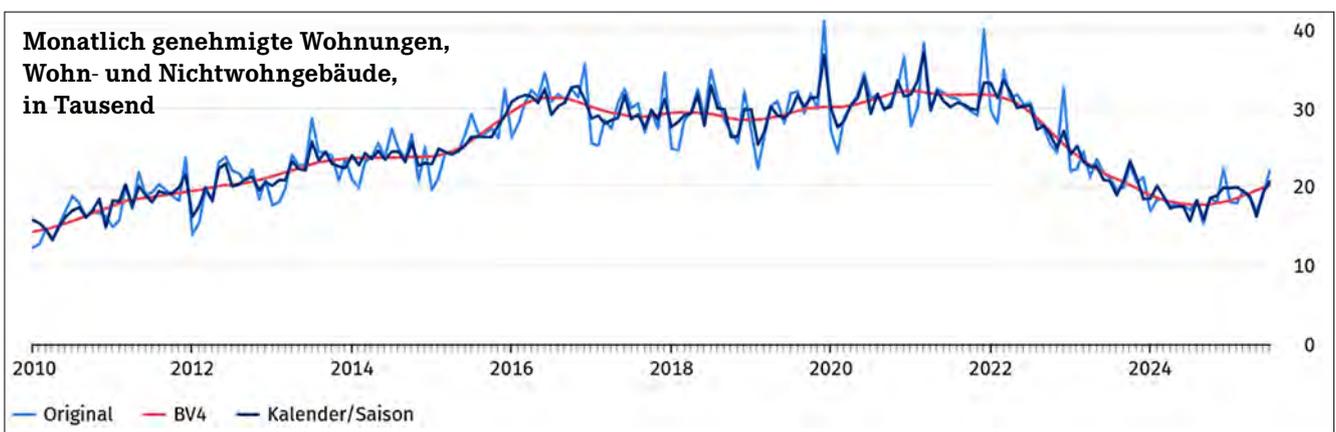
Der **gegenwärtige BAföG-Höchstsatz** seit dem Wintersemester 2024/2025 beläuft sich auf **992 Euro**. Doch am 18. September meldete u.a. der »Deutschlandfunk«, dass die **Mieten der Studierenden auf Rekordhoch seien und damit mit 505 Euro** über der magischen Grenze von 500 Euro lägen. »Am teuersten waren« – so die Berechnungen des Moses Mendelssohn Instituts – »Wohnungen und WG-Zimmer in Berlin mit 650 Euro; am günstigsten in Sachsen mit 377 Euro. Die Mieten an den 88 betrachteten Hochschulstandorten stiegen der Erhebung zufolge seit dem Sommersemester um 2,4 Prozent. Die Studienautoren forderten eine Anhebung der im BAföG enthaltenen Wohnkostenpauschale. Diese liegt derzeit bei 380 Euro. Laut einer [aktuellen Erhebung](#) erhalten **Hamburger Studierende** zwar auch nur maximal 992 Euro BAföG, aber hier liegt die durchschnittliche Mietbelastung **sogar bei 550 Euro**. Gerech und sozial ist das alles nicht!



Ein interessantes Material ist seit Kurzem im Netz abrufbar: das **Schwarzbuch der Denkmalpflege**. Auf nahezu 300 Seiten macht die **Deutsche Stiftung Denkmalschutz** auf die Bedeutung geschützter Gebäude und listet Hunderte von Beispielen aus den Jahren 2023/2024 für »verlorene Geschichte« auf. Für Hamburg werden in diesem Verzeichnis »verloren« das Commerzbank-Ensemble, die Lukaskirche und die Sietas-Kräne erwähnt, als »gefährdet« werden die Sternbrücke (S. 55) und die Schilleroper (S. 180) eingestuft und ausführlicher beschrieben. Ein melancholisch stimmendes Werk und [hier](#) einzusehen.

Zurzeit geistert die Meldung durch die Medien, die Talsohle sei durchschritten und der Wohnungsneubau nehme wieder Fahrt auf. Tatsächlich, so das Statistische Bundesamt ([Destatis](#)), wurden »im Zeitraum Januar bis Juli 2025 8,2 % oder 8.100 mehr Neubauwohnungen in Wohngebäuden genehmigt als im Vorjahreszeitraum. Dabei stieg die Zahl **der Baugenehmigungen für Einfamilienhäuser um 15,0 % (+3.300) auf 25.400**. Bei den Zweifamilienhäusern sank die Zahl um 6,6 % (-500) auf 7.100 genehmigte Wohnungen. In Mehrfamilienhäusern, der zahlenmäßig stärksten Gebäudeart, wurden **von Januar bis Juli 2025 insgesamt 69 300 neue Wohnungen genehmigt**. Dies bedeutete einen Anstieg um 5,6 % (+3.700) neue Wohnungen«. Alles Zahlenjonglieren kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass zwischen Januar und Juli 2025 lediglich 131.800 Wohneinheiten *genehmigt* worden sind, wo doch seitens der Regierung von 400.000 *neu errichteten* Wohnungen pro Jahr die Rede war. Ganz abgesehen von dem Irrsinn, nun auch noch den überbordenden, flächenfressenden Bau von Einfamilienhäusern zu bejubeln (*siehe Grafik unten*).

Das immer mal für interessante neue Daten stehende Statistikamt Nord legte am 18. August Zahlen zur **Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Hamburg Ende 2024** vor. Danach hatten einen solchen mittlerweile **41,2%** der hiesigen Bevölkerung. **Gegenüber 2019 macht dies einen Zuwachs von 5,1 Prozent aus**. Besonders hohe Anteile ergab die Auswertung des Melderegisters in Billbrook (89,1%), Veddel (76,5%) und Billwerder (71,1%). Besonders wenig Menschen mit Migrationshintergrund wohnten in den Stadtteilen Spadenland (9,9%), Reitbrook (12,8%) und Tatenberg (13,8%). Die drei häufigsten »Bezugsländer« waren Türkei, Polen und Afghanistan.



Und wo wir schon gerade beim Statistikamt sind, eine andere Pressemeldung macht auf die **Zahl der Haushalte in Hamburg** aufmerksam. Ende 2024 waren es etwa **1.070.000, davon 590.000 (= 55.3 Prozent) Einpersonenhaushalte**. Drei Jahre zuvor lag dieser Anteil noch bei 54,4%. Nur noch **in 17,7% der Haushalte lebten Kinder**, vor allem in Neuaermöhe (28,2%), Lemsahl-Mellingstedt (29,2%) und in der Hafencity (26,9%). In Dulsberg, St. Georg und Borgfelde lag der Anteil der Haushalte mit Kindern unter 10 Prozent.

Weil's so schön ist, auch noch diese dritte, schaurige Meldung vom Statistikamt vom 15. August. Darin geht es um die Lohn- und Einkommensteuerstatistik in Hamburg 2021. Damals erzielten 1,02 Millionen Lohn- und Einkommenssteuerpflichtige einen Einkünfte-Gesamtbetrag von 51,7 Milliarden Euro. **Der durchschnittliche Wert je Steuerpflichtigem betrug 50.727 Euro, 5,6 Prozent mehr als 2020**. Mag jede/r überprüfen, wie das mit dem eigenen Einkommen einhergeht. Tatsächlich betrug das durchschnittliche Einkommen der »unteren« Hälfte – das ist die Berechnung des sogenannten Medianwertes – lediglich 32.072 Euro. Den **höchsten Medianwert** konnte der Bezirk Eimsbüttel mit 35.869 Euro verbuchen, den niedrigsten der Bezirk Hamburg-Mitte mit nur 25.917 Euro. Auf der Ebene der Stadtteile verzeichneten die **Walddorfer Wohldorf-Ohlstedt (56.852 Euro)** und Lemsahl-Mellingstedt (53.990 Euro) sowie die Elbvororte Nienstedten (54.050 Euro) und Othmarschen (53.476 Euro) die höchsten Medianwerte. Am unteren Ende der Einkommensstatistik lagen zehn Stadtteile mit einem Medianwert von jeweils unter 23.755 Euro, darunter alleine 6 aus dem Bezirk Hamburg-Mitte, angeführt von **Billbrook (12.651 Euro)** und Grasbrook/Steinwerder (14.734 Euro). Na, das ist doch ein Gefälle, wenn die Menschen in Wohldorf-Ohlstedt durchschnittlich viereinhalb mal so viel haben wie die Billbrooker\*innen.

Während bundesweit und auch in Hamburg gerade die klimapolitisch so notwendigen Mittel und Maßnahmen zurückgefahren werden, egal ob unter Rot-Grün oder Schwarz-Grün, bieten andere Regionen und Städte immer mal wieder Neuigkeiten, die das Herz erfrischen. Nehmen wir beispielsweise diese. **In Helsinki stirbt ein Jahr lang niemand im Verkehr**, titelte die »Tagesschau« am 3. August. Zwischen Juli 2024 und Juli 2025 ist in Finnlands Hauptstadt mit seinen 690.000 Einwohner\*innen nicht ein einziger Mensch ums Leben gekommen. Als Ursachen werden vor allem der konsequente Ausbau der Tempo-30-Zonen, weitere Geschwindigkeitsbegrenzungen, bessere Bedingungen für Fußgänger\*innen und



Die Unfallkreuzung Berner Heerweg/Berner Allee, wo am 14. September das vorerst letzte, Rad fahrende Opfer den Tod auf Hamburgs Straßen fand. (Foto: ADFC)

die Sicherheit auf den Straßen angegeben. **In Hamburg dagegen sind alleine bis zum 18. September diesen Jahres neun Radfahrer\*innen auf den Straßen ums Leben gekommen ...**

Und noch eine Botschaft, die Hoffnung macht. Die **radikale Pariser Verkehrspolitik** führte vor rund 20 Jahren zu einer wirklichen, nachhaltigen Verkehrswende. Vor allem dank der sozialistischen Bürgermeisterin Anne Hidalgo wurden Autos von vielen Teilen der Innenstadt und rund 500 Straßen verbannt, das Radwegenetz ausgebaut, Leihräder und neue Flaniermeilen am Seineufer eingerichtet. Das weitgehend durchgesetzte Tempo-30-Limit hat auch in der französischen Metropole für **bessere Luft und weniger Verkehrstote** gesorgt. Mehr im taz-Artikel vom 21. August.

Andere Städte in Europa geben mehr her, als die Elbmetropole, die sich damit brüstet, immer mehr und mehr Hotelbetten an Tourist\*innen zu vermieten und eine wachsende Zahl an Kreuzfahrer\*innen an den seit wenigen Tagen an vier Terminals im Hamburger Hafen starten zu lassen. Anders als unsere in Stand und Land geht die **spanische Regierung massiv gegen den Overtourism und seine miesen Erscheinungen** vor. Mitte September kündigte sie an, mehr als **53.000 illegale Ferienwohnungen von den Onlineplattformen streichen zu lassen** und wieder dem regulären Wohnungsmarkt zuzuführen. Im April hatten zuletzt Zehntausende »im ganzen Land unter dem Motto »Machen wir dem Geschäft mit dem Wohnraum ein Ende!« gegen die Wohnungsnot protestiert. Die Demonstrant\*innen,« so die taz vom 15. September, »forderten ein Ende von

Immobilienpekulationen, mehr sozialen Wohnungsbau und ein Ende der Umwandlung von Wohnraum in Ferienwohnungen. Auch gegen Massentourismus wird in dem beliebten Urlaubsland immer wieder protestiert«.

**Bahn besser machen**, das ist **seit einem Jahrzehnt** die Parole des **Vereins Prellbock e.V.** Am **Mittwoch, den 23. September**, wird das Jubiläum ab 18.30 Uhr im Bürgertreff Altona-Nord (Gefionstraße 3) gefeiert. Nach einem kurzen Rückblick auf die vergangenen zehn Jahre wird es eine von Matthias Iken (Hamburger Abendblatt) moderierte Debatte geben, wie denn eine »bessere Bahn« – allzu viel scheint ja gegenwärtig nicht dazugehören – aussehen soll bzw. geschaffen werden könnte. Teilnehmer\*innen der Podiumsdiskussion sind Claus Wieselsky (der ehemalige Vorsitzender der Lokführer-Gewerkschaft GDL), Ulrich Pfeier (Bündnis Stuttgart 21), Prof. Heiner Monheim (Sprecher von Bürgerbahn – Denkfabrik für eine starke Schiene), Anke Frieling (CDU) und Michael Jung Sprecher von Prellbock Altona).

Das **Netzwerk Mieten&Wohnen** lädt für den **26./27. September** zu seiner mittlerweile **8. Konferenz** ein, dieses Mal nach **Dortmund**. »Die Konferenz soll erneut ein Vernetzungs- und Denkort sein, an dem gemeinsam nach Lösungen für bezahlbaren und klimaneutralen Wohnraum gesucht wird.« Im Mittelpunkt der Tagung stehen die Schwerpunkte Wohnraumförderung und Gemeinnützigkeit, dauerhafte Lösungen für bezahlbares Wohnen und Subjektförderung. Die Konferenz beginnt am Freitag, den 26. September, um 13.00 Uhr, und endet tags darauf gegen 14.30 Uhr. Mehr zu Inhalt, Programm und Organisation [hier](#).

Am **Sonntag, den 28. September**, wird um 19.00 Uhr im Haus 73 (Schulterblatt 73) Lara Schulschens neues Buch **No sweet home. Wie der Mietenwahnsinn unser Zuhause und unseren Zusammenhalt zerstört** [vorgestellt](#). »Die Mieten steigen nicht, sie werden erhöht!«, heißt es in der Veranstaltungsankündigung. »Immer mehr Menschen fürchten um ihr Zuhause. Doch wie konnte es

Für starken Umwelt- und Klimaschutz / Verkehrswende – starke Schiene für Hamburg / Für mehr Fahrgastkomfort mitten in der Stadt

VOM UBA ANERKANNTER UMWELTVERBAND  
**Prellbock Altona e.V.**  
Unser Bahnhof bleibt, wo er ist!

**10 Jahre Prellbock**  
öffentliche Veranstaltung

**23.9.2025**  
B\*Treff Altona Nord  
Kuppelsaal  
Gefionstraße 3

**18:30**  
Fest & Podium

Mehr zum Verein Prellbock [hier](#).



so weit kommen? Lara Schulschenk zeigt: Die Wohnkrise ist kein Zufall, sondern das Ergebnis gezielter Marktmanipulation durch Besitzende, politische Untätigkeit und eines Systems, das Profit über Menschen stellt. Schulschenk entlarvt die Mechanismen hinter steigenden Mieten und fehlendem Wohnraum: Lobbyismus, bewusst geschaffene Knappheit und Narrative, die Veränderungen blockieren. Sie fordert: Es ist Zeit, die wahren Ursachen der Krise zu benennen – und endlich zu handeln.« Der Eintritt für diese Veranstaltung beläuft sich – leider – auf 14,55 Euro. Im Anschluss wird zu einem »Get Together bei Drinks und Musik« eingeladen.

Die Senatsgetreuen meinen es wirklich ernst mit der erneuten **Olympia-Bewerbung**, also heißt es, die **Gegenkräfte** zu mobilisieren. Eine Möglichkeit bietet sich auf Einladung der Altonaer LINKEN am **Dienstag, den 30. September**, um 19.00 Uhr im Steenkampsaal (Steenkamp 37). An diesem Abend werden die Co-Fraktionsvorsitzende Heike Sudmann und der linke Bezirksabgeordnete Karsten Strasser über »die paar Probleme« der Olympiabewerbung und die Auswirkungen auf Hamburg und die in Planung befindliche Science City in Bahrenfeld diskutieren.

»Wir steuern auf eine enorme Krise in der Pflege zu«, heißt es auf einem Flyer der Linksfraktion mit Blick auf eine ihrer Veranstaltungen am **Donnerstag, den 2. Oktober**, von 10.00 bis 12.00 Uhr im Rathaus. An diesem Vormittag lädt die Fraktion ein zu einem **Seniorenpolitischen Brunch**. Zugegen sind dann die Referentin für Pflegepolitik der Bundestags-LINKEN Sonja Kemnitz sowie der Hamburger Bürgerschaftsabgeordnete Deniz Celik. Sie werden über die explodierenden Belastungen für Pflegebedürftige, die Schließung von Pflegeheimen und deren Arbeitsbedingungen diskutieren. Motto: **Gute Pflege braucht Alternativen von links!**



Von der [Homepage](#) der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg.

Am **Dienstag, den 7. Oktober**, startet die rege Rosa-Luxemburg-Stiftung – trotz finanzieller Einbußen – eine neue **Veranstaltungsreihe**, in diesem Zusammenhang in Kooperation mit der Gemeinwesenarbeit (GWA) St. Pauli. Dabei geht es um **Linke Positionen zu Flucht und Migration** und das Motto »Für eine solidarische Gesellschaft der Vielen, die wir der autoritären Wende entgegenstellen«. Die **erste Veranstaltung am 7. Oktober** um 19.30 Uhr trägt den Titel **Vom Mythos einer »globalen Migrationskrise«** – Oder, warum Migration nicht die Krise ist«. Weitere Termine der Reihe sind der 4. November (»Gute und nicht so gute Gründe, warum Deutschland Flüchtlingen Schutz gewähren sollte«) sowie der 9. Dezember (»Anti-migrantische Hegemonie überwinden – Solidarische Infrastrukturen der Migration aufbauen«). Sämtliche Veranstaltungen finden im Kölibri (Hein-Köllisch-Platz 12) statt.

Allzu viele werden die durch die Deutsche Bahn um eine Stunde verlängerte Anreise nach Berlin nicht einrichten können, aber wir wollten die Chance nicht ungenutzt lassen, auf den **35. Geburtstag der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS)** hinzuweisen. Gäbe es sie nicht, wäre auch dieser Bürger\*innenbrief erheblich ärmer, denn immer wieder verweisen wir von hier auf Veranstaltungen und Publikationen, die das Herz erfrischen und den Verstand erweitern. Am **Donnerstag, den 9. Oktober**, wird ab 15.45 Uhr in Haus der RLS (Straße der Pariser Kommune 8A) in Berlin aber so richtig gefeiert. Wir sagen von Hamburg aus herzlichen Glückwunsch! Und danke für all Eure unverzichtbaren Informationen und Materialien!



Ein gaaanz kleiner Ausschnitt aus den zurzeit lieferbaren, kostenfreien RLS-Broschüren.

# Nachruf auf Oscar Whyman

Von Heike Sudmann, im Namen der Bürgerschaftsfraktion

Unser Genosse Oscar Whyman ist tot... und keine\*r kann es fassen. 22 Jahre jung und nun nicht mehr da? Haben wir ihn nicht gerade noch auf dem Fraktionsflur gesehen, auf dem Weg zu einem Treffen?

Kennengelernt haben wir Oscar als Praktikant in unserer Bürgerschaftsfraktion. Er war für uns ein Pionier und ein Augenöffner. Er hat uns gelehrt, die Welt aus einer anderen Perspektive zu sehen. Während einige sich noch befanden fragten, wie sie mit ihm umgehen sollen/können, hat Oscar einfach gezeigt, wie es geht. Hat seinen Sprachcomputer angeschmissen und gefragt, was machst du in der Bürgerschaft, wie ist es im Ausschuss und ich würde gerne was zum Thema XY machen. Mit Engagement hat er sich in Themen eingearbeitet, hat Anfragen an den Senat entworfen, als wenn er schon immer bei uns gewesen wäre.

Er hat uns so klar und so nachvollziehbar vor Augen geführt, wie die Welt für einen Menschen ist, der im Rollstuhl sitzt. Wie die Umwelt und die Gesellschaft ihn täglich behindern. Hier nur eine kleine Auswahl, die wir live miterleben mussten:

- kein Bus, der automatisch eine Rollstuhlrampe ausfährt;
- parkende Autos, die den abgesenkten Bürgersteig blockieren und ein Durchkommen unmöglich machen;
- ein Rathaus, in dem die Fahrstühle öfters ausfallen und Oscar dann nur über verschlungene Wege und Lieferantefahrstühle an sein Ziel kommt;
- neben vielen Vorurteilen auch die Vermutung, dass so ein junger Mann doch nicht selbst auf die Idee kommen kann, der Bürgerschaftsverwaltung zu schreiben, dass er es unmöglich findet, wenn Inklusionsthemen nicht in barrierefreien Räumen verhandelt werden; zu Recht war Oscar empört, dass ihm unterstellt wurde, er würde sich von der Linksfraktion instrumentalisieren lassen;
- es wurde über ihn, im Rollstuhl sitzend, hinweggeredet, als sei er nicht da.

Das Beeindruckendste an Oscar war, dass er trotz all dieser Widrigkeiten und Behinderungen nicht ansatzweise verbittert war. Ganz im Gegenteil. Oscar hat so viel Freude ausgestrahlt, Offenheit für andere Menschen und alle möglichen Themen. Und das alles gepaart mit einem feinen Humor und so vielen klugen Gedanken.

Von Oscars Kreativität haben wir viel zu wenig erlebt. Teilweise haben wir erst aus der Presse erfahren, dass Oscar



Oscar Whyman ([www.linksfraktion-hamburg.de/unser-genosse-oscar-whyman-ist-tot/](http://www.linksfraktion-hamburg.de/unser-genosse-oscar-whyman-ist-tot/))

ein Kinderbuch gemacht hat, damit auf Lesungen gegangen ist. Und dass – neben dem Hockey spielen z.B. – seine große Leidenschaft die Musik, der Rap, war. Zusammen mit seinen zwei Freunden, Darrel und Sam, die jetzt Songs in seinem Namen veröffentlicht werden. Wie schrieb ein Kollege: »Ich war mir sicher, dass aus dir mal ein Promi wird.« Und eigentlich war er es ja auch schon: MOPO, NDR und andere berichteten im letzten Jahr groß über Oscar und seine Lesung. Sie hätten in Zukunft sicher noch viel mehr geschrieben und gesendet. Stattdessen jetzt in der MOPO: nur noch der Nachruf.

Oscar war so glücklich, dass er nach seinem erfolgreichen Schulabschluss bei unserem inklusionspolitischen Sprecher, Thomas Meyer, einen Job anfangen konnte. Einen besseren Experten hätte Thomas nicht finden können. Gemeinsam mit Wiebke Fuchs haben die drei viele Ideen ausgeheckt. Seine Familie schrieb uns, dass die politische Arbeit der Höhepunkt für Oscar war und gesagt hatte: »Ich fange ganz oben an und nicht unten.«

Die LAG Bildung hält in ihrem Nachruf fest: »Oscar fehlt mit seiner Expertise, mit seinem riesigen Engagement, mit seinem schrägen Humor, mit seiner Lust, Schranken und Grenzen einzureißen und mit seinem superguten, klugen Verstand. Die LAG Bildung hat ihn auf ihrem Treffen diese Woche schrecklich vermisst und wird ihn immer vermissen. Es war ein Geschenk, ihn zu kennen.« Eine Genossin ergänzt: »Gäbe es einen Himmel, bin ich sicher, du würdest auch dort für Gerechtigkeit und Gleichheit eintreten.«

Es ist unbegreiflich, dass Oscar so früh gehen musste. Was bleibt, ist die große Dankbarkeit, dass wir Oscar kennenlernen und mit ihm zusammenarbeiten durften. Sein Platz in unseren Herzen ist unvergänglich.

## Zusammen für Gaza! Demonstration in Berlin am 27. September

Eine große Anzahl von Menschen und Organisationen, darunter DIE LINKE, ruft auf zur Beteiligung an der Demonstration »Zusammen für Gaza« am kommenden Samstag in Berlin. Wir dokumentieren nachfolgend den Unterstützer\*innenaufruf und ein Statement der Hamburger LINKEN.



**STOPPT DEN VÖLKERMORD  
KEINE WAFFEN NACH ISRAEL  
HUMANITÄRE HILFE JETZT**

DEMONSTRATION ZUM KONZERT  
**BERLIN | 27.9. | 14:30 UHR**  
NEPTUNBRUNNEN ALEXANDERPLATZ

Weitere Infos unter <https://www.zusammen-fuer-gaza.de/>

## Zieh mit uns die rote Linie: Auf die Straße!

### Aufruf der Initiator\*innen und Erstunterstützer\*innen

In Gaza werden nach wie vor ganze Familien durch Bomben ausgelöscht und tagtäglich wahllos Zivilist\*innen umgebracht, unter ihnen viele Kinder. Hungernde Menschen suchen an den wenigen israelisch kontrollierten Ausgabestellen nach Hilfe und finden dort stattdessen den Tod. Unabhängige humanitäre Hilfe und Versorgung wird durch Israel blockiert und verhindert. Fast die gesamte Bevölkerung des Gazastreifens befindet sich auf der Flucht.

Das Vorgehen der israelischen Regierung wird von Expert\*innen und internationalen Organisationen seit Langem als Genozid beschrieben und vom Internationalen Gerichtshof als solcher untersucht. Während jede\*r sehen kann, wie die israelische Armee Massengräuel in Gaza verübt, leugnet die Bundesregierung die systematische Gewalt.

Wir wollen die deutsche Komplizenschaft beenden und gegen die sogenannte Staatsräson auf die Straße gehen!

Wir fordern von der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag:

- Beenden Sie jegliche militärische Kooperation mit Israel. Dazu gehören Import, Export und Transit von Waffen, Munition und anderen Rüstungsgütern.
- Nutzen Sie alle zur Verfügung stehenden Mittel, um den ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe nach den anerkannten humanitären Prinzipien sowie einen sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand für Gaza zu erreichen.
- Setzen Sie sich für ein Ende der seit Jahrzehnten andauernden Vertreibung und der illegalen Besetzung des palästinensischen Gebiets ein.
- Unterstützen Sie die internationale Gerichtsbarkeit ohne Einschränkungen und setzen Sie ihre Entscheidungen vollständig um.
- Setzen Sie sich für die Freilassung aller Opfer von Kriegsverbrechen ein, die sich als illegal Inhaftierte zu Tausenden in israelischen Gefängnissen und zu Dutzenden in Geiselhaft in Gaza befinden.

- Setzen sie sich für die Verwirklichung des Rechts auf individuelle und kollektive Selbstbestimmung und Gleichberechtigung der Palästinenser\*innen ein.
- Schützen Sie die Rechte auf Meinungs-, Versammlungs- und Wissenschaftsfreiheit in Deutschland. Beenden Sie die Unterdrückung legitimer Proteste und freier Meinungsäußerung der Palästina-solidarischen Bewegung.

Wir verurteilen alle Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen, unabhängig davon, ob sie von israelischen oder palästinensischen Akteur\*innen begangen werden. Für uns gelten das Völkerrecht und die Menschenrechte immer und für alle. Angesichts der Massentötungen in Gaza und der systematischen Zerstörung richten wir unsere Hauptkritik aber an die israelische Regierung und ihre Unterstützer\*innen.

## Zusammen für Gaza am 27. September

### Aufruf der Hamburger LINKEN

Jeden Tag sterben Menschen im Gazastreifen durch den Krieg. Familien werden zerrissen, Träume und Hoffnungen zerschlagen. Und mehr als eine halbe Million Menschen hungern, weil Israel unabhängige Hilfe und humanitäre Versorgung verhindert. Gleichzeitig verschärft die rechtsextreme israelische Regierung die Situation immer weiter: mit neuen Offensiven, mit Siedlungsbau im Westjordanland und mit der erklärten Absicht, den Gazastreifen zu annektieren.

Und die deutsche Regierung? Sie duckt sich seit Monaten einfach weg. Dass wir Kriegsverbrechern keine weiteren Waffen liefern, sollte selbstverständlich sein. Was es jetzt braucht, damit Merz endlich einknickt, ist massiver Druck aus der Zivilgesellschaft - von uns allen.

Deswegen ruft DIE LINKE zusammen mit einer breiten zivilgesellschaftlichen Initiative zu einer **Großveranstaltung am Samstag, dem 27. September, in Berlin** »Zusammen für Gaza« auf. Mit der Demonstration soll ein gemeinsamer Raum für friedlichen Protest geschaffen werden, der frei ist von Diskriminierung. Rassistische und antisemitische Äußerungen jeglicher Art werden nicht toleriert. Wichtig ist uns auch, dass insbesondere die Betroffenen und ihre Angehörigen zu Wort kommen.«

Die Demonstration startet am 27. September um 14.30 Uhr vom Neptunbrunnen auf dem Alexanderplatz in Richtung Berlin Hauptbahnhof. Die Demonstration endet am Kundgebungsort von »All Eyes on Gaza«.



Auf zur Demo am 27. September in Berlin ([www.die-linke-hamburg.de/aktuelles/nachrichten/detail/zusammen-fuer-gaza-busfahrt-von-hamburg-aus-jetzt-anmelden/](http://www.die-linke-hamburg.de/aktuelles/nachrichten/detail/zusammen-fuer-gaza-busfahrt-von-hamburg-aus-jetzt-anmelden/))

## Israels Gaza-Politik und DIE LINKE

### Interview mit dem Co-Vorsitzenden der LINKEN, Jan van Aken

Der Kampf gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus ist Teil der DNA der LINKEN. Doch warum fordert sie nun ein Verbot von Waffenlieferungen an diesen Staat, wie ist es mit der Kritik am Vorgehen Israels gegen die Menschen im Gaza-Streifen, nach dem durch nichts zu entschuldigenden Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2024, dem mehr als 1.200 Zivilist\*innen zum Opfer fielen? »Wir dürfen dem Leid der Palästinenserinnen und Palästinenser nicht länger zusehen«, formulierte Jan van Aken schon Ende Juli in einem taz-Interview. »Die Bundesregierung muss Netanjahu endlich die Unterstützung verweigern. Keine Solidarität mit Hungermördern.« Das vollständige Interview vom 29. Juli gibt es [online](#).



# Etwas Besseres als Olympia findest du ...

## NOlympia mit immer neuen Argumenten



Von der [Homepage](#) der Hamburger Linksfraktion

Nicht minder interessant ist, was der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), genauer, dessen potenziell betroffene Landesverbände in Bayern, Nordrhein-Westfalen, Berlin und Hamburg am 8. August verkündeten: Der BUND lehnt eine deutsche Olympiabewerbung ab. Eine

»Ein Jahr nach Olympia in Paris: Viele Franzosen fühlen sich verschaukelt« – so lautet die Überschrift eines Artikels im Berliner »Tagesspiegel« vom 7. August. Von wegen großspurig versprochenes Baden in der Seine, nachhaltige Unterstützung des armen Stadtteils Saint-Denis, gesicherte Mittel für den Vereinssport und mehr Sportunterricht – alles Makulatur, keines der vor der Olympiade gemachten Versprechen ist eingehalten worden. Und die vorläufige Olympia-Kostenbilanz des französischen Rechnungshofes ergab, dass entgegen den ursprünglich propagierten Bewerbungskosten nicht 2,4 Milliarden Euro ausgegeben wurden, sondern rund sechs Milliarden! Dies im Tagesspiegel zu lesen und gerne im Erinnerungsbuch des Senats abzulegen.

weithin schallende Klatsche gerade auch für Hamburgs »rotgrünen« Senat. Und hier die Erklärung des BUND im O-Ton.

Im Übrigen, wer mitbekommen will, was sich in der NOlympia-Bewegung in Hamburg abspielt, sollte immer mal bei <https://fairspielen.de> reinschauen.

### Einladung zum 3. Offenen Treffen der hamburgischen NOlympia-Bewegung

Mindestens elf Millionen Euro will der Hamburger Senat allein in den kommenden Monaten für die Bewerbung eines mehr als zweifelhaften Projekts ausgeben: die Olympiabewerbung in weiterer Zukunft. Setzen wir der Millionenkampagne unsere Solidarität entgegen!

**Donnerstag, 25. September, 19.00 Uhr, Heinrichstraße 27a/29 (Hinterhaus)**

## Ob in Hamburg, Berlin, München oder Rhein-Ruhr: Olympia bringt mehr Schaden als Nutzen

Hamburg, Berlin, München, Rhein-Ruhr: vier deutsche Olympia-Bewerbungen, vier BUND-Landesverbände – und alle stehen »ihrer« Kandidatur ablehnend gegenüber. Egal, wo Olympische oder Paralympische Sommerspiele 2036, 2040 oder auch 2044 stattfinden würden, falls sich eine deutsche Bewerbung international durchsetzt: Die Folgen für Mensch und Natur, für Klima, Stadtentwicklung, Wohnungsmarkt, Verkehr und andere Bereiche wären größtenteils negativ. Das lassen die Erfahrungen früherer Ausrichter-Städte klar erwarten. Und Bewerbung und ggf. Durchführung des IOC-Events werden sich auch bei den knapper werdenden kommunalen Finanzen niederschlagen – was eine weitere Verschärfung der bereits jetzt vielerorts drastischen Kürzungen bei Klima- und Naturschutz, Kultur und Sozialem befürchten lässt. Denn Olympische Spiele überschreiten regelmäßig ihre Budgets um 200 bis 300%.

Deshalb lehnen die von den vier aktuellen Olympia-Bewerbungen betroffenen BUND-Landesverbände gemeinsam alle Kandidaturen im laufenden Wettbewerb ab, widersetzen sich einer Standort-Logik und arbeiten zusammen daran, die Bevölkerung über die tatsächlichen Folgen hinter der bunten Werbung zu informieren.

**Martin Geilhufe**, Landesbeauftragter BUND Naturschutz in Bayern: »Natürlich präsentiert auch München seine Bewerbung als nachhaltiger als alle anderen. Und für die Stimmung werden Erinnerungen an Olympia 1972 und die European Championships 2022 bemüht. Beides hat mit Olympia 2036 kaum etwas gemein. Realität ist: Durch die Spiele würde München noch voller, teurer, asphaltierter. Sie würden massiven zusätzlichen Verkehr generieren, wobei IOC-Funktionär\*innen und Athlet\*innen auf abmarkierten Olympic Lanes bevorzugt würden. Die 2. S-Bahn-Stammstrecke, eine schnelle

Flughafen-Anbindung und nötige neue U-Bahn-Linien werden 2036 kaum fertig sein. Dafür würden längst fällige Projekte mindestens verschoben. Sogar der Sport würde unter Olympia leiden: Plätze von Vereinen wie dem FC Teutonia würden überbaut werden. Auch für die Sportförderung ist ein solches Großereignis nicht nur nicht nötig, sondern sogar schädlich.«

**Sabine Sommer**, Landesvorsitzende BUND Hamburg: »Das Hamburger Olympia-Konzept präsentiert sich als besonders nachhaltig, weist jedoch erhebliche ökologische und soziale Risiken auf. Das versprochene ‚Green Olympia‘ bleibt Wunschdenken, nicht nur beim geplanten Hyperloop nach Kiel mit seiner unerprobten Technologie mit unklarem ökologischem Fußabdruck und fraglicher Realisierbarkeit. Der zusätzliche Flächenverbrauch nicht allein für Sportstätten, sondern auch für Parkplätze, Sicherheitszonen und Medienzentren, die unklare Klimabilanz, das Risiko von Kostenexplosionen und mögliche Verdrängungseffekte – das alles steht im Widerspruch zu den Zielen einer nachhaltigen Stadtentwicklung.«

**Gabi Jung**, Landesgeschäftsführerin BUND Berlin: »Berlin ist seit Langem überfordert, seine Infrastruktur in einen ordentlichen Zustand zu versetzen. Es fehlt das Geld, es fehlen die Verwaltungsressourcen und Strukturen dafür. Das wird absehbar so bleiben. Sich in so einer Situation noch Großveranstaltungen wie Olympische Spiele ans Bein zu binden ist

das letzte, was die Stadt braucht. Denn in der Folge müssten Mittel in Milliardenhöhe in das Projekt gesteckt werden, was die Not in anderen Bereichen noch vergrößern würde. Mit welcher Hybris der Berliner Senat an die Sache herangeht zeigt der Plan, das Olympische Dorf in einem planerisch so herausfordernden Areal zu errichten, dass eine rechtzeitige Fertigstellung zu den Spielen hochgradig unrealistisch erscheint.«

**Dirk Jansen**, Geschäftsleiter BUND Nordrhein-Westfalen: »Auch das dezentrale Konzept für Olympia an Rhein und Ruhr mit 17 Austragungsorten allein in NRW wird als besonders nachhaltig dargestellt. Aber bislang haben alle Olympiamacher ihr jeweiliges Konzept als besonders umweltfreundlich und wirtschaftlich tragfähig beworben – die Realität war meist sehr ernüchternd. Bevor auch nur eine Planung konkretisiert wird, müssen deshalb durch eine Strategische Umweltprüfung die Umweltauswirkungen des Mega-Events systematisch und transparent ermittelt, beschrieben und bewertet werden. Auch die Akzeptanz der Bevölkerung ist essenziell. Zwingend erforderlich sind deshalb vorherige Bürgerentscheide in den geplanten Ausrichter-Gemeinden. Klar ist auch: Den Heilsversprechen von Olympia als Motor für eine zukunftsfähige Entwicklung der Region sollte die Politik keinen Glauben schenken. Für eine nachhaltige Regionalentwicklung brauchen wir Olympia nicht.«

## VSA: Spannende Herbstlektüre



Joachim Bischoff  
**Ende oder Renaissance sozialistischer Utopien?**  
Von Engels' »Anti-Dühring« zum Epochenbruch am Ende des Zeitalters der Erschöpfung  
256 Seiten | € 16.80  
ISBN 978-3-96488-172-4



Klaus Dörre/Anna Mehlig/Stephan Humbert/Bruno Saar (Hrsg.)  
**Sozialismus von unten?**  
Emanzipatorische Ansätze für das 21. Jahrhundert  
280 Seiten | € 19.80  
ISBN 978-3-96488-234-9  
Nationale und internationale Fallbeispiele.



Ulrike Eifler (Hrsg.)  
**Gewerkschaften in der Zeitenwende**  
Was tun gegen Umverteilung nach oben, massive Angriffe auf den Sozialstaat, die Militarisierung des Alltags und den Rüstungswahnsinn?  
144 Seiten | € 12.80  
ISBN 978-3-96488-251-6



Hans Jürgen Urban (Hrsg.)  
**Arbeit Klima Transformation**  
Arbeitspolitik: Theorie, Praxis, Strategie  
Ausgabe 2025  
160 Seiten | € 12.00  
ISBN 978-3-96488-252-3



Silke Ötsch u.a.  
**Das nachhaltige Finanzsystem?**  
Sustainable Finance zwischen Anspruch und Wirklichkeit  
AttacBasisTexte 64  
96 Seiten | € 8.50  
ISBN 978-3-96488-255-4

Mehr Informationen zu diesen Titeln und zu zahlreichen weiteren Neuerscheinungen gibt es unter

[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

# Rechts-autoritärer Umbau, der »Budapest-Komplex« und der Umgang mit Antifaschist\*innen

Seit Jahren treffen sich Neonazis aus ganz Europa in Budapest zum sogenannten »Tag der Ehre«. Dagegen protestieren ebenfalls seit Jahren Antifaschist\*innen aus vielen europäischen Ländern. Im Jahr 2023 kam es zu Auseinandersetzungen zwischen den Nazis und Antifaschist\*innen, die in Festnahmen und europäischen Haftbefehlen gegen Antifaschist\*innen mündeten. Dass in Orbans Ungarn die Rechtsstaatlichkeit nicht groß geschrieben wird, wundert nicht. Doch die Zusammenarbeit der deutschen Justiz mit den ungarischen Behörden ist erschreckend. Nachfolgend veröffentlichen wir einen Beitrag von Angehörigen und Freund\*innen der Beschuldigten, den family&friends Hamburg.

## Wider den Budapest-Komplex

Von Anton Borsutzky, family&friends Hamburg

In unserer Gesellschaft vollzieht sich seit geraumer Zeit eine atemberaubende Rechtsentwicklung. Das zeigt sich wahrscheinlich am deutlichsten am immensen Zuwachs der Stimmen für die rechtsextreme AfD. Dieser Zuwachs findet in fast allen Parlamenten in Ost und in West statt. Verfolgt mensch die Debatten und Aufrufe vor Wahlen, so kann der Eindruck entstehen, dass die Wähler\*innen rechts wählen, aber die Institutionen und die meisten großen Medien dagegen halten. Und wenn sie auch nicht links sind, so sind sie wenigstens gegen rechts. Abgerundet wird dieser Eindruck durch die kritische Berichterstattung über die USA, in denen die Maga-Republikaner sich des Staates bemächtigen, Institutionen besetzen und demokratische Gepflogenheiten außer Kraft setzen.

Doch bei genauerem Hinsehen stellt mensch fest, dass auch in Deutschland eine Art rechts autoritärer Umbau stattfindet. Allerorten wird die Exekutive gestärkt oder ermächtigt sich. Polizeigesetze werden auf Landes- und Bundesebene mit neuen Befugnissen für die Polizei verabschiedet. Der Bundesinnenminister schließt rechtswidrig die Grenzen für Asylbewerber\*innen und hält selbst dann daran fest, nachdem es ihm ein Gericht untersagt hat. Die Bundesregierung verweigert die völkerrechtlich verbindliche und seit Monaten geplante Aufnahme afghanischer Ortskräfte und setzt diese damit einer erheblichen Gefahr aus.

In diese Reihe von kalkulierten Rechtsbrüchen gehört zweifellos auch die höchstinstanzlich als rechtswidrig beschiedene Auslieferung von Maja T. nach Ungarn. Maja ist eine non-binäre Person, deren Verfahren zum sogenannten »Budapest-Komplex« gehört.

Im Februar 2023 kam es in Budapest am sogenannten »Tag der Ehre« zu militanten Auseinandersetzungen zwischen Nazis und Antifaschist\*innen aus verschiedenen europäischen Ländern. Einige der Antifaschist\*innen wurden festgenommen, andere seitdem mit europäischem Haftbefehl gesucht. Maja wurde nach Ermittlungen im Umfeld der Gesuchten in Berlin festgenommen und saß zuerst in Dresden im Gefängnis. Ungarn verlangte mit dem europäischen Haftbefehl eine



**DEMONTAGE DER DEMOKRATIE**  
Wie Ungarn versucht, unseren Rechtsstaat zu schwächen

**Podiumsdiskussion** des AStA der Uni Hamburg mit dem ungarischen Oppositionspolitiker **Ákos Hadrázy**, der Juristin **Helge Limburg** sowie von Vertreter\*innen der Solidaritätsgruppe für die verfolgten Antifaschist\*innen im »Budapest-Komplex« **family&friends Hamburg**.  
Die Moderation obliegt dem Journalisten **Peter Kreysler**.

**Donnerstag, 25. September, 18.30 Uhr**  
Agathe Lasch Saal im Hauptgebäude der Universität Hamburg, Edmund-Siemers-Allee 1

Überstellung nach Budapest, wo Maja eine Verurteilung zu 24 Jahren Haft droht. War der Beschluss zur Überstellung von Maja schon unhaltbar, so war die unmittelbar darauf folgende Überstellung nach Ungarn ein unglaublicher Skandal: Obwohl das Bundesverfassungsgericht die Überstellung Majas per einstweiliger Anordnung untersagte, wurde Maja, ohne die angekündigte Anordnung vom Bundesverfassungsgericht abzuwarten, in einer haarklein orchestrierten Aktion nach Budapest verbracht. Dort wird Maja jetzt der Prozess gemacht, und was das deutsche Bundesverfassungsgericht sagt, hat in Ungarn keine Gültigkeit. Maja hat einen



Solidaritätskundgebung für Maja auf dem Reesendamm am 9. Juli  
(Foto: Foto-Archiv-Kollektiv)

40-tägigen Hungerstreik gemacht, um die Rücküberstellung nach Deutschland zu erwirken, mindestens jedoch Hausarrest und Aufhebung der seit einem Jahr andauernden Isolationshaft zu erreichen. Details dazu und zu den Haftbedingungen können im Internet nachgelesen werden.

Von den weiteren Beschuldigten aus Deutschland, die mit europäischem Haftbefehl gesucht wurden, entzogen sich acht für zwei Jahre der Verhaftung und stellten sich Anfang 2025 an verschiedenen Orten in Deutschland. Sie taten dies zeitgleich und ohne Vorbedingung. Auch wenn die Bundesanwaltschaft mittlerweile die Klageschriften zugesandt hat, ist auch für sie immer noch eine Überstellung nach Ungarn möglich. Zum Teil lauten die Anklagen auf versuchten Mord. Von Auslieferung nach Ungarn ist insbesondere Zaid, einer der Beschuldigten, der keinen deutschen Pass besitzt, bedroht.

In Hamburg hat sich um die Eltern der beschuldigten Clara die Solidaritätsgruppe family&friends gegründet. Clara sitzt in Billwerder Moorfleet in Untersuchungshaft und wir sind u.a. beteiligt an der Organisation der monatlichen Knastkundgebungen. Wir gehen davon aus, dass der Prozess noch in diesem Jahr eröffnet wird, er soll in Düsseldorf stattfinden. Eine Prozessbegleitung ist unbedingt notwendig, weil es von den Staatsanwaltschaften und den ermittelnden Polizeibehörden einen ungeheuren Verurteilungsdruck gibt.

Der bisherige Schwerpunkt von family&friends lag darauf, die Überstellung der Beschuldigten nach Ungarn zu verhindern. Dabei knüpfen wir Kontakte, machen Veranstaltungen und versuchen antifaschistische Potenziale in Staat und Gesellschaft aufzuspüren. Wir halten es mit Esther Bejarano, die gesagt hat: »Wer gegen Nazis kämpft, kann sich auf den Staat überhaupt nicht verlassen.« Aber bei aller Kritik, die wir an der Verfasstheit des Rechtsstaats immer hatten, verteidigen wir ihn jetzt. Das klingt paradox, scheint uns aber notwendig angesichts dessen, wovon wir bedroht werden.

Vor diesem Hintergrund muss auch der bevorstehende Prozess gegen die jungen Antifaschist\*innen gesehen werden. Es geht nicht nur darum, Einzelpersonen in Prozess und Knast zu unterstützen, es geht darum, Standards des Rechtssystems gegen den Druck von rechts auch für diejenigen aufrechtzuerhalten, die sich der Politik von rechts entgegenstellen.

Eigentlich haben staatliche Strukturen die Pflicht, die Gesellschaft vor rechten Straftaten und vor rechter Gewalt zu schützen. Wir sind uns der Verflechtungen ebendieser Strukturen mit der extremen Rechten bewusst. Aber solange es die Möglichkeit dafür noch gibt, müssen wir dafür kämpfen, dass der Staat diesen Schutz wahrnimmt.

Alle zusammen gegen den Faschismus!!



Auf der Solidaritätskundgebung am 9. Juli (Foto: Foto-Archiv-Kollektiv)

# Kulturtipp

## »Gereiztheiten«

Von Michael Joho



Szenenbild von Melanie Schmidli aus »Gereiztheiten« (© Birgit Kaulfuß)

Nur zwei Gastvorstellungen des Theaters im Palais Berlin gibt es, am 15. und 16. Oktober jeweils um 19.00 Uhr im Kellertheater Hamburg (Johannes-Brahms-Platz 1). Aber diese beiden Aufführungen werden es – bestimmt – in sich haben. Es geht um »schillernde Nachtgestalten, zwingenden Gattenmord, ernüchternde Emigrantenschicksale und Wohnungsnot – kurz: Die allgemeine große Hilflosigkeit der Jahre 1924 bis 1933«, die am Berliner Gericht verhandelt wird. »Greifbar ist aber auch der Siegeszug der »völkischen Idyllen«, sprich, die Infiltrierung der Justiz durch die Nationalsozialisten. Mitten im Gerichtssaal sitzt die aus Berlin stammende jüdische Journalistin und Schriftstellerin Gabriele Tergit, beobachtet und berichtet. Und die ganze Stadt verfolgt gespannt ihre luziden

»Skizzen aus den Gerichtssälen« im Berliner Tagblatt oder in »Die Weltbühne«. Flankiert von Gitarrenmusik und filmischen Alltagsszenen der Weimarer Republik entführen uns die Tragödien um Reinheit, Klatsch und Schutzlosigkeit in eine Zeit, die so fern vielleicht gar nicht ist. Eine konzertant filmische Lesung!« Wenn diese Ankündigung nicht spannend klingt ... Das Gastspiel wird bestritten von Melanie Schmidli (Spiel, Gesang) und Martino Dessi (Gitarre), die Regie und Stückfassung stammt von Melanie Schmidli, die musikalische Leitung obliegt Martino Dessi. Der Eintritt ist dank der Unterstützung durch die Landeszentrale für politische Bildung (LZ) frei.

Weitere Infos im [Monatsprogramm der LZ](#) (S. 22/23). Die [Anmeldung](#) erfolgt über den Ticketshop.

---

Mit diesem Bürger\*innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger\*innenbrief per E-Mail (in der Regel) monatlich beziehen oder aber nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: [heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de](mailto:heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de). Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Stephan Jersch, Abgeordnetenbüro Weidenbaumsweg 19, 21029 Hamburg